

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 18. Februar 2013

Verfasser: Cyrill von Planta

### **Kantonale Volksinitiative „Für mehr bezahlbaren Wohnraum“**

Für besonderes Aufsehen sorgte diesen Montag, dass Nationalrätin Jaqueline Badran persönlich diese SP-Initiative vor dem Kantonsrat vertrat. Im Kern verlangt die Initiative, dass Gemeinden bei Liegenschaften einen Anteil festlegen können, der zu Kostenmiete vermietet werden soll.

Für die glp ist die Verdrängung des Mittelstandes durch überproportional steigende Mieten in vielen Gemeinden des Kantons ein gravierendes Problem. Die Entwicklung mit steigendem Wohnflächenbedarf pro Kopf, damit einhergehender Bedrohung der sozialen Durchmischung und gesteigerten Mobilitätsansprüchen ist in dreifachem Sinne nicht nachhaltig, wie Andreas Hasler ausführte. Die Initiative hilft aber leider nur den Empfängern des kostengünstigen Wohnraums. Sie schafft eine neue Klasse von Privilegierten, wobei in der Initiative nicht geregelt ist, wer Anspruch auf diesen Wohnraum haben soll. Da gleichzeitig noch eine PI von KR Kutter mit ähnlicher Stossrichtung im Rat zu behandeln ist, schlug die glp vor, die Initiative zurückzuweisen und einen für die Mehrheit der Parteien gangbaren Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Diesem von den anderen Mitteparteien getragenen Vorschlag folgte schliesslich auch die SP. Entsprechend beschloss der Rat die Rückweisung der Initiative, und er wird nun einen praktikableren Gegenvorschlag ausarbeiten.

### **Gesetz über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen**

Diese eher technische Vorlage regelt das öffentliche Beschaffungswesen neu. Es ging insbesondere darum, Sanktionen, die vorher auf Verordnungsstufe festgelegt waren, im Gesetz zu verankern. Interessant war hierbei das Stimmverhalten von CVP, FDP und SVP, welche mit einem Minderheitsantrag den Informationsaustausch über bietende Firmen mit schwerem Fehlverhalten verhindern wollten. Sie wurden aber von der politischen Mitte und den Links-Parteien glücklicherweise überstimmt.

### **Postulat Ausbau der Hochspannungsleitung Samstagern–Zürich**

Während die vorhergehende Diskussion über das Beschaffungswesen deutlich die Abgrenzung der glp zu den «altbürgerlichen» Parteien zeigte, wies diese Debatte über die Hochspannungsleitung Samstagern–Zürich, wo es um die Erdverlegung einer Hochspannungsleitung geht, den Unterschied zwischen glp und den Grünen: Während Grüne die baulichen Massnahmen prinzipiell verurteilten, wies Barbara Schaffner korrekt darauf hin, dass die Energiewende ein leistungsfähigeres Stromnetz benötigt und der Rat solche Fragen nicht grundsätzlich auf die leichte Schulter nehmen kann. Im Übrigen sind die Grünliberalen erfreut, dass das Bundesverwaltungsgericht nochmals die Prüfung alternativer Varianten wie Erdverlegung verlangt hat.